

VERFAHRENSSTAND / Solange keine Übertretung der gesetzlichen Vorschriften vorliegt, könne man beim Steinbruch keine Einschränkung des Abbaus veranlassen.

Behörde: Keine Handhabe

REGION HAINBURG / Die Bezirkshauptmannschaft gab am Montag den aktuellen Stand des Verfahrens in der Causa Steinbruch Pfaffenberg bekannt.

In einem Zeitraum von neun Monaten wurden bei Luftgütemessungen sieben Überschreitungen laut Immissionsschutzgesetz festgestellt. 30 Überschreitungen pro Jahr wären zulässig. Eine endgültige Beurteilung sei aber erst nach Abschluss der Messungen Ende April möglich.

Was die Sprengerschütterungen angeht, sei seitens der BH ein Gutachten eines Sachverständigen des Landes eingeholt worden. Die Messungen hätten ergeben, dass sämtliche Werte unter dem zulässigen Richtwert lagen.

Auch die von der Bürgerinitiative Pfaffenberg, wie auch von der Stadtgemeinde Hainburg

mehrfach aufgestellte Behauptung, dass der gesamte Steinbruch schon 1997 und die im Jahr 2004 beantragte Bergbauanlage einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden hätte müssen, wurde zwischenzeitlich vom Umweltsenat widerlegt.

Die beantragte Aufhebung des Abbaubescheides wurde vom Ministerium für Wirtschaft, der obersten Montanbehörde, ebenfalls als unzulässig zurückgewiesen.

Bezirkshauptmann Dr. Martin Steinhauser betont, dass die Bedenken der Initiative von der Behörde sehr ernst genommen würden und von Sachverständigen überprüft würden. Derzeit bestehe aber keine rechtliche Handhabe, da weder eine Übertretung der gesetzlichen Vorschriften noch ein Nichteinhalten des Standes der Technik

trotz ständiger Kontrolle nachgewiesen werden konnte, so die Auskunft der Behörde.

Seitens der Bürgerinitiative gibt man sich damit aber keineswegs zufrieden. „Die Behörde hat uns gebeten, keine Ergebnisse der Luftgütemessungen bekannt zu geben, bis die Untersuchungen abgeschlossen sind. Jetzt tut sie es selbst. Ich halte das für eine unseriöse Vorgangsweise“, ärgert sich Initiativesprecher Peter Reichel. Was die Sprengerschütterungen angeht, sei es für ihn „unverständlich, wie die Behörde behaupten kann, dass die Messungen ordentlich durchgeführt wurden.“ Laut Reichel habe es nur eine Messung gegeben, nötig wäre aber eine Mess-Serie. „Unser Standpunkt hat sich nicht geändert. Wir sind der Meinung, die Behörde hätte Maßnahmen ergreifen müssen“, so Reichel.